



Weiterentwicklung des Teilhaberechts – Reform der Eingliederungshilfe: Auf dem Weg zum Bundesteilhabegesetz.

Dr. Rolf Schmachtenberg

Leiter der Abteilung Teilhabe - Belange behinderter Menschen, Soziale Entschädigung, Sozialhilfe im
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

**Vortrag beim IZA Policy Seminar
am Freitag, 22. Juni 2015, 12 Uhr in Bonn**

1. Einordnung der Reform
2. Ausgaben
3. Ziele des Bundesteilhabegesetzes
4. Mögliche Regelungsinhalte
5. Zeitplan



1. Einordnung der Reform

- Politik für Menschen mit Behinderungen
- Leitbild der Inklusion
- Selbstbestimmt Leben in der Mitte der Gesellschaft
- UN-BRK





1. Einordnung der Reform - KoaV

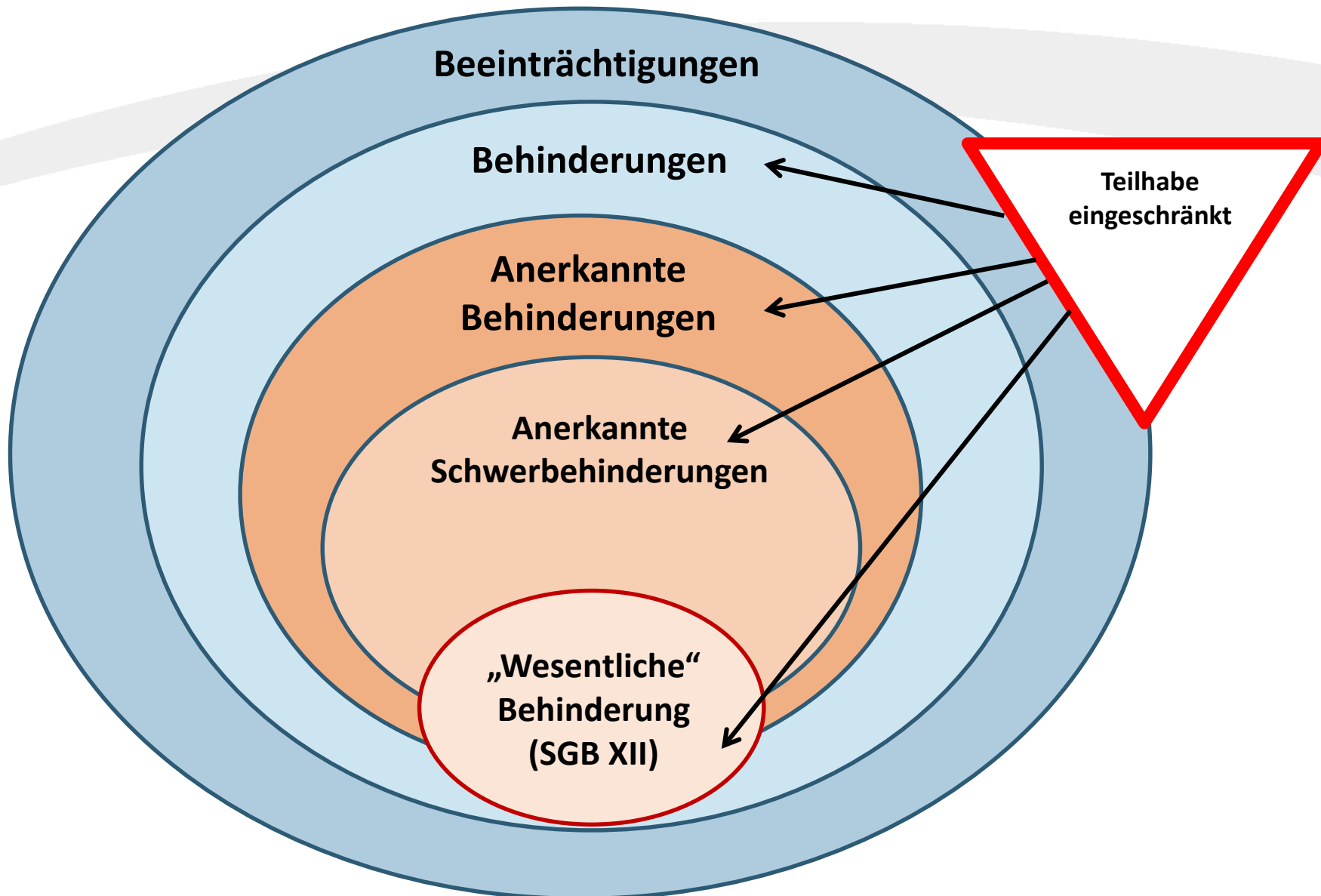
- Menschen mit einer wesentlichen Behinderung aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausführen.
- Bundeseinheitliches Verfahren für Leistungen regeln.
- Unabhängigkeit im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention stärken.
- Keine neue Ausgabendynamik verursachen. Kommunen außerdem im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich entlasten.





1. Einordnung der Reform

Um wen und was geht es (i.w.S.)?





1. Einordnung der Reform

Um wen und was geht es (i.w.S.)?

**„Wesentliche“
Behinderung***




Teilhabebeeinträchtigungen im Beruf und im Privatleben ausgleichen z.B. durch „**Fachleistungen**“:

- Persönliche Assistenz
- Technische Geräte (Rollstuhl, Hör- und Sehhilfen)
- Arbeitsplatz (Werkstatt, Lohnzuschüsse)
- Gebärden- und Schriftdolmetscher
- Wohnung (stationär, ambulant)

* Defizitansatz: Eingliederungshilfe-Verordnung von 1964 (zuletzt geändert 2003)



Erwerbsminderung und Erwerbsfähigkeit

- **Erwerbsfähig** ist, wer nicht außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.  Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
- **Teilweise erwerbsgemindert** ist, wer auf nicht absehbare Zeit außerstande ist, mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein. 
- **Voll erwerbsgemindert** ist, wer auf nicht absehbare Zeit außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.  Bei dauerhafter Erwerbsminderung: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel, SGB XII)
Bei befristeter Erwerbsminderung: Hilfen zum Lebensunterhalt (Drittes Kapitel, SGB XII)



1. Einordnung der Reform

Arbeitsmarktsituation schwerbehinderter Menschen im Vergleich 2002 - 2013

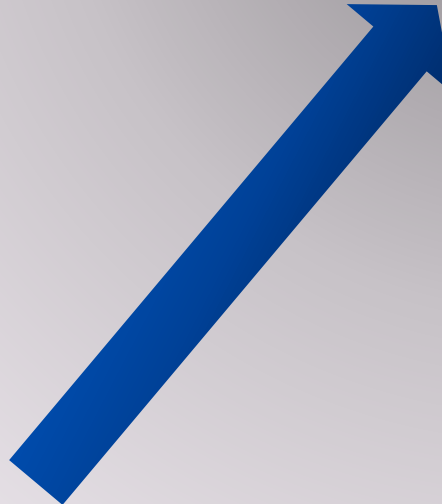
986.724
(2012: 964.650)



716.057

**Schwerbehinderte Menschen in
Beschäftigung**

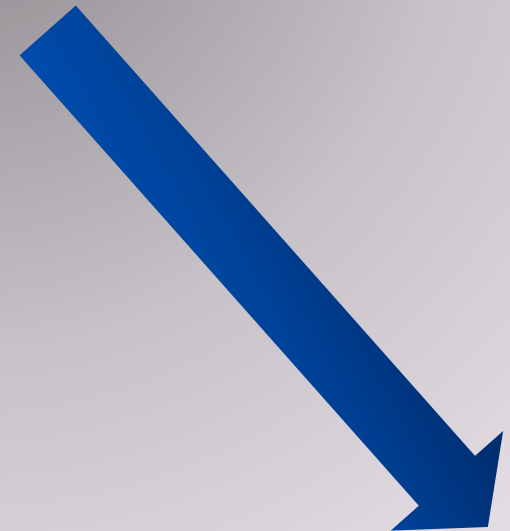
4,7%
(2012: 4,6%)



3,8%

Beschäftigungsquote

58.219



38.510
(2012: 37.586)

**Beschäftigungspflichtige
Arbeitgeber ohne
schwerbehinderte Menschen**



1. Einordnung der Reform

Leistungen für Menschen mit Behinderung: Systeme und Zuständigkeiten





1. Einordnung der Reform

Mehr Teilhabe, mehr
Selbstbestimmung

NAP

Maßnahmenkatalog

BTHG

Sozialleistungen

SER
Reform

BGG

Barrierefreiheit,
Gleichstellung

UN-Behindertenrechtskonvention



1. Einordnung der Reform

Um wen und was geht es (i.e.S.)?

vorrangig um:

**694 Tsd. Empfänger von
Eingliederungshilfe (2013)**

aber unter anderen auch um:

**181 Tsd. Arbeitslose mit
Schwerbehinderung (2014)**

**1,67 Mio. Anträge auf Leistungen
zur Medizinischen Reha (2012)**

**360 Tsd. Rentennewanträge auf
Erwerbsminderung (2013)**





1. Einordnung der Reform Um wen und was geht es (institutionell)?

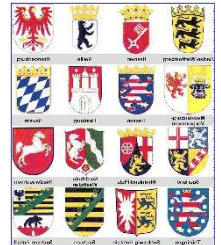
Träger der Eingliederungshilfe: Kommunen und Länder



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



**Bundesagentur
für Arbeit**

jobcenter



Spitzenverband



**Deutsche
Rentenversicherung**

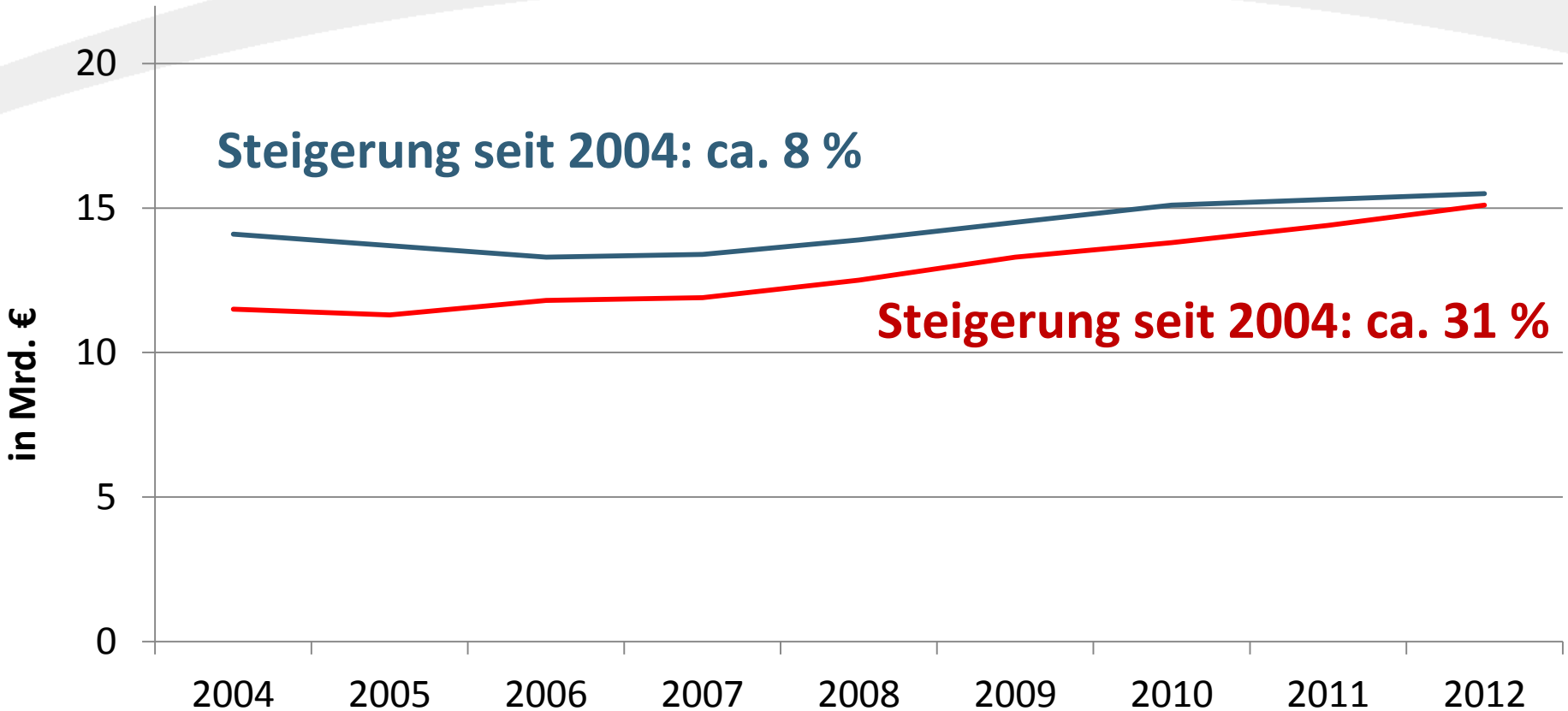
Bund



DGUV
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
Spitzenverband

2. Ausgaben - Entwicklung

Reha-Ausgaben der Sozialversicherung und der Eingliederungshilfe (Brutto)

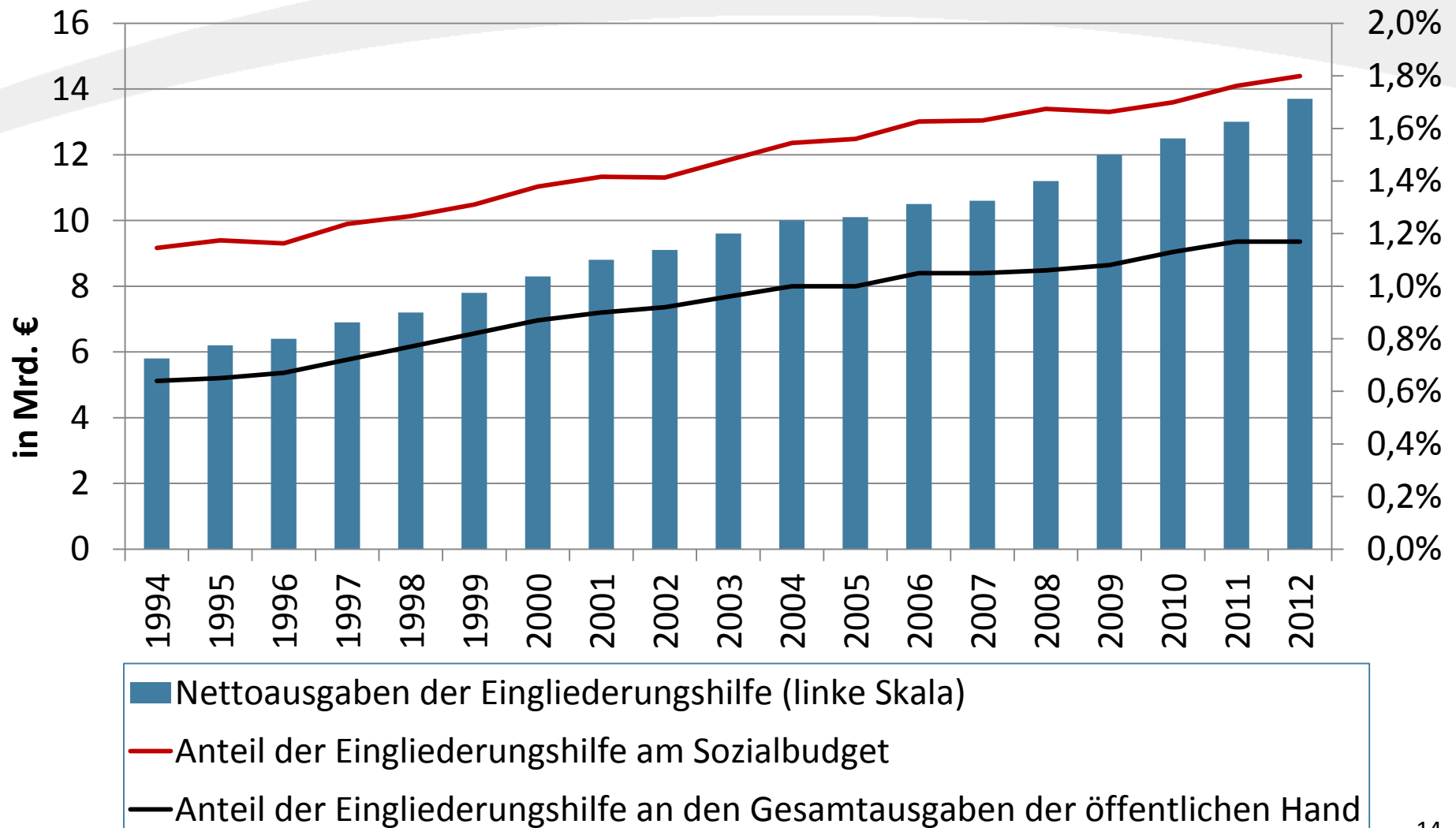


— Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe (€)

— Ausgaben der Sozialversicherung für Reha und Teilhabe (€) ohne Eingliederungshilfe

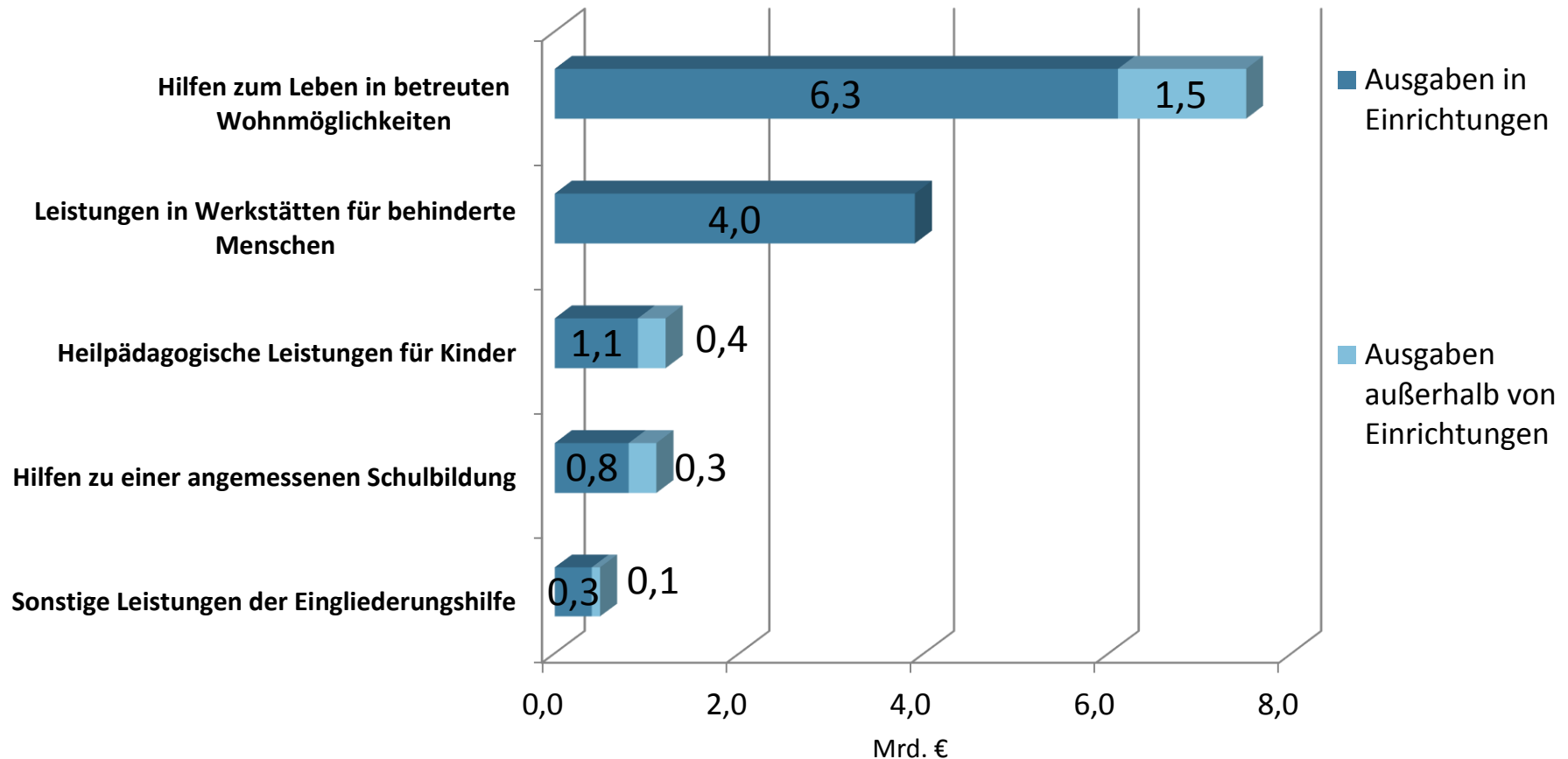
2. Ausgaben- Entwicklung in der Egh

Dynamik der Ausgaben:



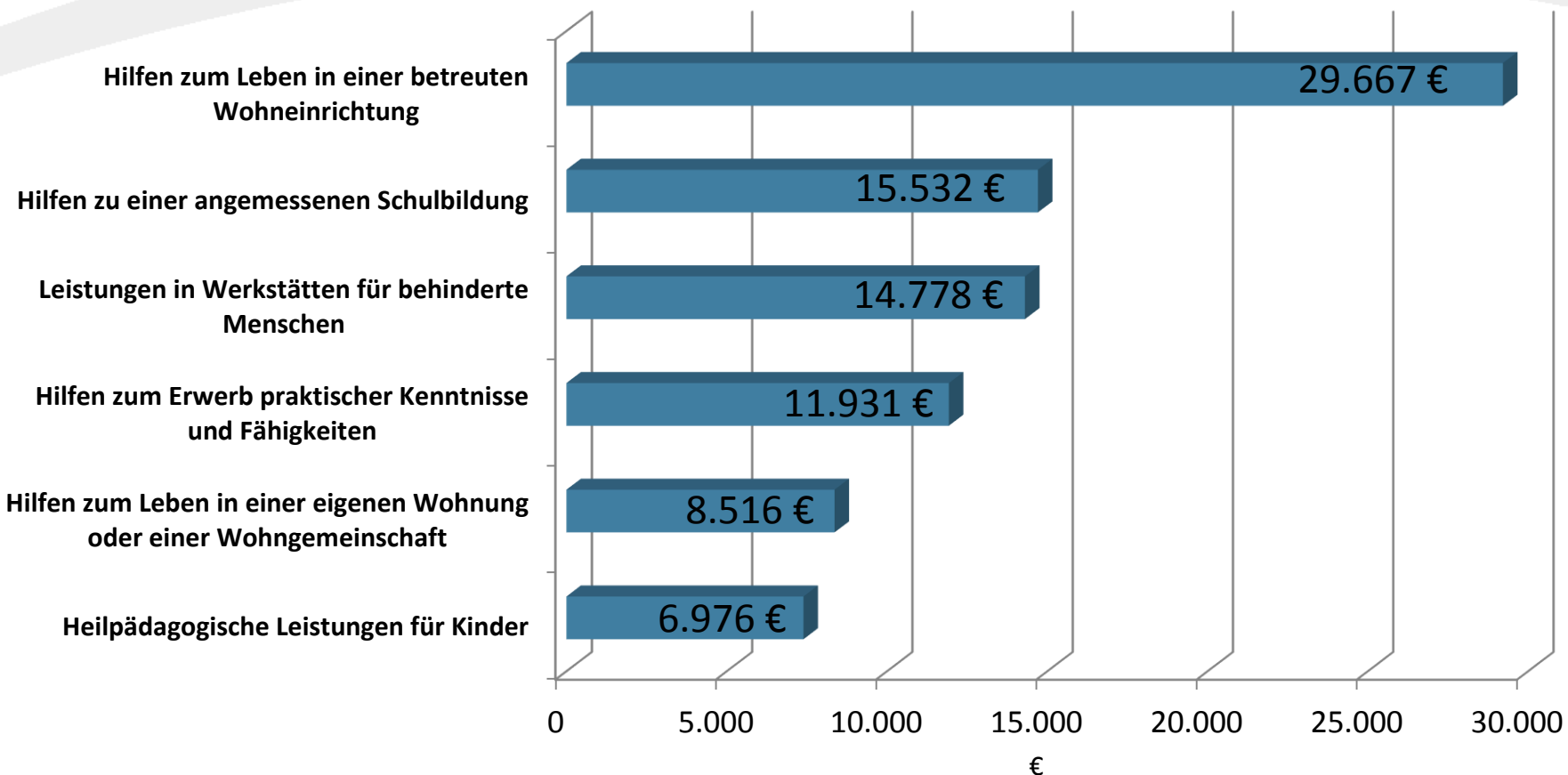
2. Ausgaben – Ausgabeblöcke der Egh

**Die wichtigsten Ausgabenblöcke 2013:
Insgesamt 14,8 Mrd. Euro brutto**



2. Ausgaben – Fallkosten in der Egh

Die wichtigsten Ausgabepositionen: Durchschnittliche Fallkosten Eingliederungshilfe 2013





2. Ausgaben - Prognose

Prognose – Eingliederungshilfe

Bericht „Verbesserung der Datengrundlage zur strukturellen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung“* der cons_sens GmbH prognostiziert für den Zeitraum von 2012 bis 2020:

- Steigerung der Zahl der Leistungsberechtigten um 24 Prozent (nach con_sens: von 751.000 auf 931.000)
- Steigerung der Ausgaben für die Eingliederungshilfe um 31 Prozent (nach con_sens: von 16,5 Mrd. Euro auf 21,6 Mrd. Euro).

* Der Bericht ist das Ergebnis einer unabhängigen Forschungsleistung der con_sens GmbH. Er gibt nicht die Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wieder.



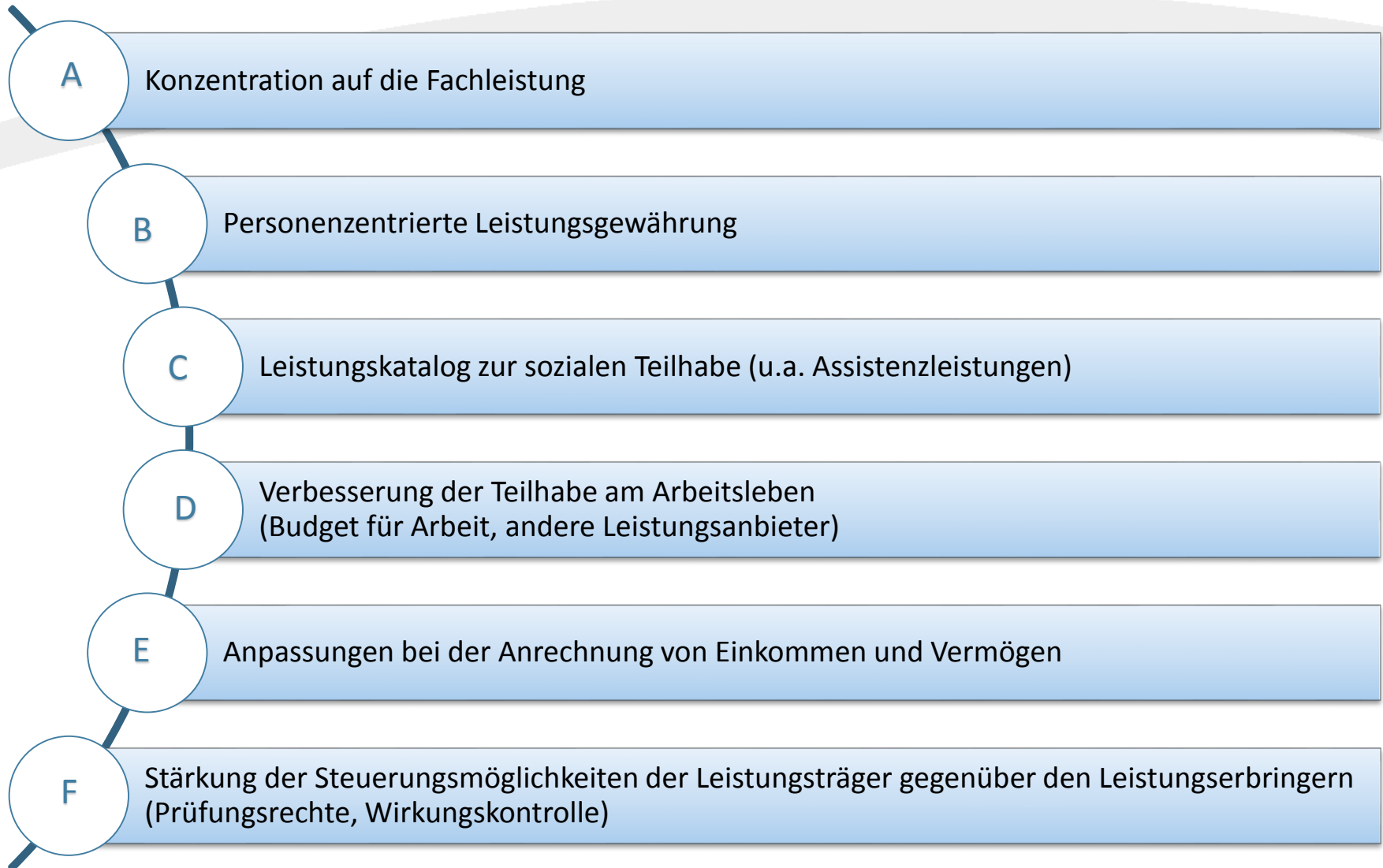
3. Ziele des Bundesteilhabegesetzes

1. Verbesserung der
Selbstbestimmung -
Umsetzung der UN-BRK

2. Ausgabendynamik brechen



4. Mögliche Regelungsinhalte Eingliederungshilfe –neu-





4. Mögliche Regelungsinhalte

Leistungen wie aus einer Hand

G

Schärfung der Regelung zur Klärung der Zuständigkeit

H

Verbindliche Zusammenarbeit (Teilhabeplanverfahren)

I

Förderung der Zusammenarbeit (Verordnungen/Empfehlungen
– Auftrag an BAR)

J

Einführung einer unabhängigen Beratung

K

Präzisierung der gesetzlichen Regelungen zur Komplexleistung
Frühförderung



4. Mögliche Regelungsinhalte

Flankierungen in den vorgelagerten Systemen

L

Prävention stärken: SGB II / SGB III: Zugänge zu Eingliederungshilfe verringern

M

Prävention stärken: SGB VI: Zugänge zu Eingliederungshilfe verringern

N

SGB V: Schnittstellen klären

O

SGB XI: Schnittstellen klären

in 5 Phasen:

